

CDU ZU BERUFSSCHULEN

Neue Lehrer nötig

Den Berufsschulen fehlen Lehrer. Die CDU fordert deshalb einen Einstellungskorridor. Die Senatsverwaltung gab bekannt, dass in den nächsten fünf Jahren rund die Hälfte der Berufsschullehrer in den Ruhestand treten werden. Schon im laufenden Schuljahr rechnet man damit, dass der Bedarf – trotz Arbeitszeiterhöhung – nicht mehr gedeckt ist. Wegen des Einstellungsstopps im öffentlichen Dienst wird sich die Situation für die beruflichen Schulen in Berlin in den nächsten Jahren dramatisch zuspitzen.

Der arbeitsmarktpolitische Sprecher der Berliner CDU-Fraktion, Peter Kurth: „Die personelle Ausstattung der Berufsschulen wird Koalitionsvertrag versprochen, sei keine Rede mehr. Ganze Referendarjahrgänge drohen von anderen Bundesländern abgeworben zu werden, während der Bedarf in Berlin steigt. Kurth: „Angesichts der Diskussion um PISA und ständig überproportional steigender Jugendarbeitslosigkeit ist das Verhalten des Senates unverantwortlich.“



Foto: istock

dramatisch.“ Der Senat räume seine Hilflosigkeit inzwischen offen ein, so Kurth. Von irgendeiner Priorität für den Bereich Ausbildung, wie noch im

PARK-VIGNETTE, TEMPODROM, SPENDEN

Stolpert Strieder?

Es ist wieder einmal turbulent um den SPD-Landesvorsitzenden und Verkehrssenator Peter Strieder geworden. Erst der Dauerstreit mit dem Finanzsenator Sarrazin, dann das Millionengrab bei Strieders Lieblingsobjekt Tempodrom und jetzt will er Anwohner und Berufstätige bei der Parkvignette abzocken. Erste Rücktritts- und Rückzugsgerüchte in Richtung freie Wirtschaft werden laut. Die Anwohner-Parkvignetten will Strieder von 30 auf 100 Euro verteuern. Der verkehrspolitische Sprecher der CDU, Alexander Kaczmarek, widerspricht und sieht den Autofahrer schon wieder „als Melkkuh“. Seine Rechnung: „2002 nahm Berlin durch Kfz-Steuer, Vignetten und Ordnungswidrigkeiten 341 587 000 Euro ein. Ausgegeben wurden für Straßenbau und Ver-

kehrspolizei 238 136 000 Euro. Damit erwirtschafteten Berlins Autofahrer 103 451 000 Euro.“ Vielleicht merkt man in der SPD-Fraktion bald das Anwohner und Autofahrer auch Wähler sind.

Warnschuss verpasst und erst im zweiten Wahlgang gewählt. Im SPD-Landesverband verschwanden gerade 100.000 Euro und Strieder gibt den Ahnungslosen. Wieviel Rückhalt, wieviel Zeit hat Strieder noch? (dr)



„Ich verspreche Ihnen: Das ist ein Apfel!“



Stözl: 17. Juni nicht vergessen!

In diesem Jahr ist der 50. Jahrestag des von den Kommunisten blutig niedergeschlagenen Arbeiteraufstands in der ehemaligen DDR, vom 17. Juni 1953. Bis zur Wiedervereinigung war der 17. Juni in der Bundesrepublik Nationalfeiertag. Nach Ansicht des Berliner CDU-Landesvorsitzenden, Prof. Dr. Christoph Stözl, muss er in diesem Jahr in Berlin besonders würdig begangen werden. „Dieses Geburtsdatum darf von allen

Demokraten nicht vergessen werden. Ich fordere den Senat deshalb auf, rechtzeitig seine Planungen für eine parteiübergreifende Würdigung dieses Jahrestages vorzulegen“, so Stözl.



BVG und S-Bahn Wowereits Großkombinat geplatzt

Tiefe Verunsicherung der Beschäftigten und keine Verbesserung im öffentlichen Personen Nahverkehr. Das sind die Hauptkritikpunkte der

CDU an der gescheiterten Fusion von BVG und S-Bahn. „Von Anfang an äußerte die CDU-Fraktion größte Bedenken gegen die Megafusion der beiden Ver-

kehrsunternehmen. Es war absehbar, dass dieses Vorhaben der falsche Weg sei. Wowereit wollte mal wieder ohne Beteiligung der Betroffenen sein Lieblingsprojekt durchpeitschen“, sagt der verkehrspolitische Sprecher der Berliner CDU-Fraktion, Alexander Kaczmarek. Berlin sei keinen einzigen Schritt bei der Optimierung des ÖPNV in Berlin vorangekommen. Für die Stadt, so Kaczmarek, sei das Scheitern dieses ‚Projektes‘ ein Gewinn – für Wowereit und seinen Senat sei es hingegen ein weiteres Kapitel von Pleiten, Pech und Pannen. Damit mache der ‚Ankündigungssenat‘ seinem Namen wieder alle Ehre.



CDU setzt Vision gegen rot-rote Depression

FRANK STEFFEL:

Vor einem Jahr hat der Regierende Bürgermeister vollmundig angekündigt, Betroffene zu Beteiligten zu machen. Heute sind die meisten Beteiligten nur noch betroffen. Von den Kulturschaffenden, von den Wissenschaftlern, Lehrern, Eltern und Schülern bis zu den Mittelständlern, Handwerkern, Polizeibeamten, Krankenschwestern und Mitarbeitern der Justiz ist man über die Kaltschnauzigkeit des rot-roten Senats empört. Bis heute hat Herr Wowereit keinen Leitfaden für die Zukunft unserer Stadt – Visionen hält er ohnehin für Seifenblasen – vorgegeben. Das, was vorliegt, ist Stückwerk, und das einzige Angebot heißt bis heute: Sparen bis es quietscht! Ist das der Anspruch an Politik? Sparen tut Not! Und die Menschen wissen um die Notwendigkeit des sparsamen Wirtschaftens. Natürlich müssen wir auch im öffentlichen Dienst sparen. Aber natürlich geht es nur gemeinsam mit den Menschen. Solidarisch eben. Heute sage ich dem rot-roten Senat voraus: Der Austritt aus dem Arbeitgeberverband und die Kündigung der deutschlandweit gel-

tenden Tarifverträge wird die Schere zwischen Nord und Süd, aber insbesondere zwischen Ost und West weiter auseinander klaffen lassen. Und was tut der Regierende Bürgermeister? Er nimmt an den neuerlichen Solidarpaktverhandlungen gar nicht erst teil. Wie er auch insgesamt bis heute kein Konzept für die Stadt hat. Unsere Vorschläge liegen seit langem auf dem Tisch: Wir brauchen eine Befristung von neuen Gesetzen und Abschaffung von überflüssigen Gesetzen. Stichwort: Deregulierung. Wir müssen die Verwaltungsreform umsetzen, die Vorschläge der Scholz-Kommission. Das sind die Voraussetzungen für einen Um- und Abbau beim öffentlichen Dienst. Wir brauchen eine Modernisierung der Verwaltung. Wir brauchen neue Arbeitsplätze und Wirtschaftswachstum für ganz Berlin. Doch ein Jahr Rot-Rot bedeutet ein verschenktes Jahr für Berlin. Die Berliner Regierung hat im Bundesrat vielmehr die 48 Steuererhöhungen der rot-grünen Bundesregie-

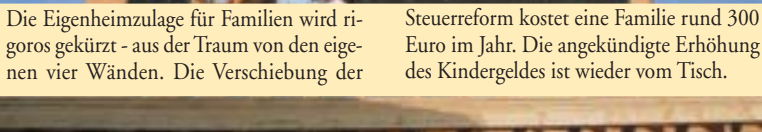
rung, die am 1. Januar auch in Berlin gegriffen haben, unterstützt. Die Bilanz Rot-Rot ist düster: über 300 000 Arbeitslose, die höchsten Zahlen an Insolvenzen, die höchsten Sozialbeiträge für Arbeitnehmer und Unternehmer. 19 Monate Haushaltssperre - Monate, in denen kein Unternehmen planen kann, es keine Mittel für Investitionen gibt. Seit 19 Monaten erleben wir Stillstand bei der Vermögensaktivierung, 19 Monate Stillstand bei der Privatisierung. In 19 Monaten hat Rot-Rot nichts für das Berliner Handwerk und den Mittelstand getan. Bis heute gibt es keinen Nachtragshaushalt. Berlin braucht Optimismus und Zuversicht. Wir wollen Berlin neu denken. Wer nur Risiken beschreibt, verliert die Zeit, Chancen zu nutzen. Der Regierende Bürgermeister verhält sich wie ein Autofahrer, der auf den Abgrund zufährt und zu selbstherrlich ist, nach dem richtigen Weg zu fragen.



Aus der Traum vom Eigenheim

Die Eigenheimzulage für Familien wird rigoros gekürzt - aus der Traum von den eigenen vier Wänden. Die Verschiebung der

Steuerreform kostet eine Familie rund 300 Euro im Jahr. Die angekündigte Erhöhung des Kindergeldes ist wieder vom Tisch.



CDU ZU STELLENPOOL:

Kein Arbeitsamt der Verwaltung

Die CDU lehnt das Senatsmodell für einen Stellenpool im öffentlichen Dienst ab. Bereits jetzt, so der haushaltspolitische Sprecher der Berliner CDU-Fraktion, Nicolas Zimmer, müsse damit gerechnet werden, dass der Aufwand für die Errichtung des Stellenpools größer sei, als der Nutzen. Nach der CDU bedeutet das Senatsmodell eine neue Behörde mit neuem Behördenleiter plus neuem „Wasserkopf“ und die Neueinstellung von Arbeitsrechtlern. Im Ergebnis entstünde ein

„verwaltungsinternes Arbeitsamt“, welches die CDU ablehnt. Dabei sei insbesondere auch die Frage der Sozialauswahl nicht unproblematisch, so Zimmer. Nach dem Senatsmodell gingen eher die jungen motivierteren Mitarbeiter in den Überhang, was die Leistungsfähigkeit des öffentlichen Dienstes beeinträchtigen werde. Die CDU-Fraktion hat bereits vor einiger Zeit einen Gesetzesentwurf eingebracht, der die beschriebenen Probleme vermeide, dieser solle jetzt vom Senat übernommen werden, fordert Zimmer.

Arbeitslosigkeit Desaster für Schröder



Fortsetzung von Seite 2 Das Drama auf dem deutschen Arbeitsmarkt lässt sich nicht bei der Weltkonjunktur abladen. Andere EU-Länder können mit weitaus besseren Ergebnissen aufwarten. Verantwortlich ist vielmehr die rot-grüne Bundesregierung: Höhere Steuern und Abgaben sind Gift für die Deutsche Wirtschaft. Wer dem Finanzminister mehr Geld überweisen muss, kann nicht gleichzeitig in neue Arbeitsplätze investieren oder den Konsum stärken. Deutschland braucht nicht jeden Tag ein neues Papier mit bekannten Ideen, sondern einen politi-

schen Kurswechsel bei den Taten. Daher fordert die CDU zusätzliche Maßnahmen, um mehr Wachstum und Arbeitsplätze zu schaffen. Alle Gesetze und Vorschriften, die Leistung bestrafen, müssen beseitigt werden; wer arbeitet, muss mehr haben, als wenn er nicht arbeitet. Steuersenkungen und Planungssicherheit für Unternehmen und private Haushalte sind die richtigen Rezepte, um Wachstum und Arbeitsplätze zu schaffen. Rot-Grün muss den Kurs wechseln, damit in Deutschland endlich wieder Arbeitsplätze entstehen.

Der Runner
Kult-Sportschuh "ebi-Runner", Restposten - Markenprodukt in den Größen 38 / 39,5 / 40,5 / 42 zum ehem. Preis von 50 € - jetzt **nur 15,- €**
ebi Runner
206416-0
anrufen-bestellen-abholen
Nur für Best.-Stück und solange der Vorrat reicht

NÄCHSTE BR-AUSGABE: 22. FEBRUAR 2003